

Siebzig Millionen im Angriff

Gegen den Zwischenhandel

Konsumenten aller Länder vereinigt euch, für diesen friedlichen Expansionsgedanken warb in der letzten Woche eine Abordnung des Internationalen Genossenschaftsverbandes (ICA) in der britischen Zone.

Leiter der Delegation war der 57jährige Präsident des Verbandes, Lord Ruscholme, dessen wohlgenährte äußere Erscheinung dem Gedanken der direkten Konsumbewirtschaftung bildhafte Unterstreichung gab. Dr. Hubert, ein Abgesandter der Schweiz, und Herr Klimov, der Vertreter der russischen Genossenschaftsbewegung, bildeten mit einem Stab von Dolmetschern das Gros der „Forschungs-Expedition“, deren Ziel es war, den Stand des Wiederaufbaus im deutschen Konsumwesen zu studieren.

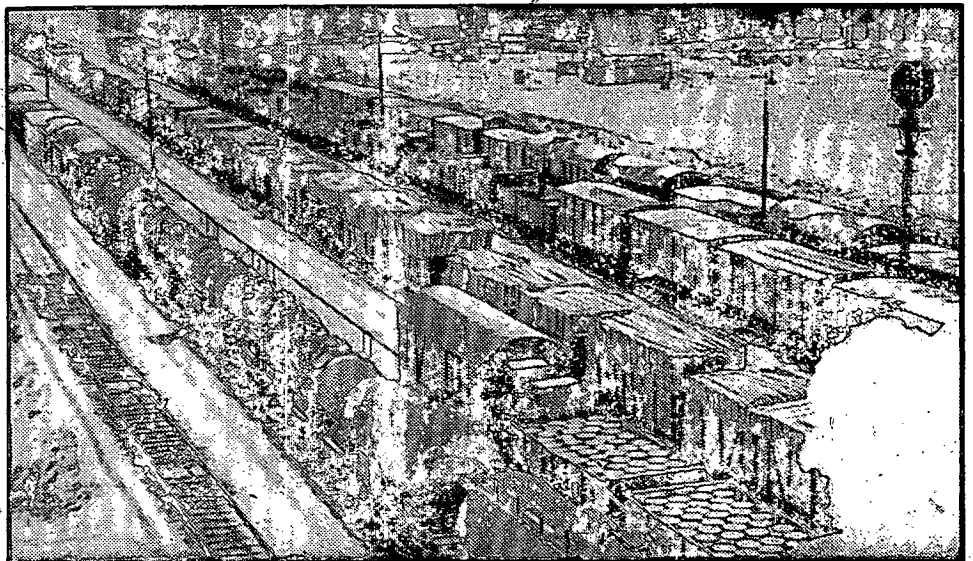
Auf einer Zusammenkunft in Hannover gab der Präsident des Verbandes den Abgesandten der deutschen Konsumvereine Gelegenheit zur Aussprache. „Genossen“, erklärte er, und bei der Übersetzung dieser Anrede ging eine Bewegung durch die Reihen der Konsumveteranen, und Herr Klimov begann aufzuhorchen, „wir wollen Ihnen helfen, das deutsche Konsumwesen wiederaufzubauen und bitten Sie, uns Ihre Sorgen und Nöte vorzutragen, von denen wir dem Kontrollrat berichten werden.“

Die „Genossen“ im Lande Niedersachsen nahmen die Gelegenheit wahr, ihrem Herzen Luft zu machen. Nachdem sie sich mit einigen drastischen Hinweisen auf ihren Leidensweg während der Nazizeit die Gunst der Zuhörer erworben hatten, begannen sie mit progressiver Deutlichkeit den langen Weg von der Idee der Konsumbewirtschaftung zur praktischen Durchführung in einem Lande aufzuzeigen, dem die notwendigsten wirtschaftlichen Bedingungen für diesen Wiederaufbau fehlen.

„Es mangelt am Notwendigsten. Wir haben kein Papier, keine Schreibmaschinen und keine Lagerräume. In unseren früheren Genossenschaftsgebäuden sitzen Nazis, die nach 1933 im Zuge der Liquidation der Konsumvereine durch die Deutsche Arbeitsfront für billiges Geld Genossenschaftseigentum erworben haben.



„Konsum-Gedanke — eine Weltanschauung“ sagt der Schweizer Dr. Hubert



Räder müssen rollen für den verlorenen Krieg
40 000 Eisenbahnwaggons verschwanden seit dem Zusammenbruch

Laut Gesetz 52 des Kontrollrates sollen diese Vermögen wie früheres Judeigentum behandelt, das heißt beschlagnahmt werden. Es läßt sich aber keine Instanz finden, die hierfür zuständig ist. Die Nazis lassen sich hinter verschlossenen Türen entnazifizieren und die Genossenschaften müssen in ihren eigenen Häusern Miete bezahlen.“

Die Berichte der deutschen Vertreter enthielten nicht nur Negatives. So bekam kürzlich in Lehrte die hundertste Konsumgenossenschaft der britischen Zone die Berechtigung zur Geschäftsaufnahme, und in Hildesheim arbeiten bereits wieder vierzehn Genossenschaften, davon vier mit über hundert Verkaufsstellen.

Die Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ erzielte im letzten Monat einen Umsatz von 1 631 596 RM, wobei die Mitgliederzahl auf 14 607 und die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile auf 173 400 RM stieg. In Kürze wird die bekannte GEG-Zigarettenfabrik in Altona mit einer Belegschaft von 215 die Arbeit wieder aufnehmen.

„Es gibt bei uns keine schwarzen Lagerbestände und keine Geheimbuchführung“, erklären die Genossenschaftler. „Und damit kommt dem Konsumverein in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zu, denn ein großer Teil des Schwarzen Marktes wird aus den Quellen des ungenügend kontrollierten Einzelhandels gespeist. Nur durch die direkte Kontrolle der Warenverteilung in den Verbraucherorganisationen ist in der heutigen Notzeit eine gerechte Güterverteilung gewährleistet.“

Die Hauptforderung der deutschen Konsumbewegung ist die steuerfreie Rückerstattung aller von den Nationalsozialisten unter der Parole vom Schutz des mittelständischen Einzelhandels beschlagnahmten Vermögenswerte.

Der russische Vertreter Klimov brachte zum Ausdruck, daß sich besonders die wirtschaftliche Verteilung Deutschlands hemmend auf den Wiederaufbau der Genossenschaften auswirke. Nach seinen Angaben — die er von einem kleinen Zettel ablas — ist in der Ostzone bereits alles Eigentum der Genossenschaften zurückerstattet und ein Viertel aller Haushalte sind in Konsumvereinen organisiert. Von 65 Millionen Kleinhandelsumsatz im Oktober 1946 entfielen 17 690 000 auf die Konsumgenossenschaften, das sind nur zwei Millionen weniger als der Friedensumsatz. Ueber das Genossenschaftswesen der So-

wjetunion befragt, schwieg Klimov hartnäckig. Sein Zettel schien darüber keine Angaben zu enthalten.

Der Präsident des ICA — der seit 1909 im Dienst des internationalen Genossenschaftsverbandes steht und 1945 den Lordtitel erhielt — sicherte den deutschen Sprechern volle Unterstützung zu und erklärte, er wünsche den Tag herbei, an dem auch Deutschland wieder zu den vierzig Ländern des Verbandes gehöre. (Insgesamt zählt die Internationale Konsumvereinerung zur Zeit 70 Millionen Mitglieder.)

Die internationale Delegation besuchte in der letzten Woche andere Konsumverbände in Braunschweig und Hamburg und wird in den nächsten Wochen weitere Reisen in die amerikanische und französische Zone unternehmen, um dort den Wiederaufbau des deutschen Genossenschaftswesens zu studieren.

Komm zurück . . .

Waggons auf falscher Spurweite

Sorgenvolle Blicke begleiten die deutschen Güterzüge, wenn sie aus dem deutschen Bereich herausrollen. Nicht nur wegen der Ladung, daran gewöhnt man sich. Ebenso wichtig sind die Waggons selbst, die hier das Land verlassen und deren Rückkehrwahrscheinlichkeitskoeffizient sehr klein ist.

800 000 Eisenbahnwaggons, das war der sehr stattliche Vorkriegsstand der Deutschen Reichsbahn. Nach dem Kriege waren es noch knapp 230 000, die zum Teil schwer beschädigt ihren Weg über das zerlöchernte Schienennetz Deutschlands fuhren.

Von diesem Rest sind bis September 1946 30 000 Waggons verschwunden. „Inoffizielle Reparationen“ nennen es die Eisenbahner, „Melken des deutschen Wagonbestandes“ schreiben englische Zeitungen. Die Zahl der Wagen, die bei der Beförderung von Transitgütern nicht wieder heim ins Reich finden, verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei und die russische Zone.

Im September des letzten Jahres wurde auf einer Tagung der beteiligten alliierten Behörden eine Art Gentleman-Agreement abgeschlossen auf der Linie „Behalte, was du hast, aber nimm bitte nicht mehr“.

Der Erfolg dieses Abkommens war verblüffend. Die Ziffer der verschwundenen

Wagen stieg um weitere 10 000. Auch die Beschriftung der Wagentüren „Keine Waggonen — keine Güter mehr“ nützt nichts und führt höchstens zu Vergleichen mit den tausenden ausländischer Eisenbahnwaggonen, die im Kriege in Deutschland „für den Sieg rollten“.

Die englische Zeitung „Manchester Guardian“ schreibt, daß „eine ehrenhafte Anerkennung der Unantastbarkeit des deutschen Besitzes dringend notwendig ist“, und fügt diesem moralischen Argument die Tatsache hinzu, daß ein funktionierendes deutsches Eisenbahnnetz die Grundlage eines geordneten europäischen Eisenbahntransportes ist.

Die englischen Zeitungen sind die einzigen, die diese Frage an die Öffentlichkeit bringen. Manche Leute behaupten, das läge daran, weil zwischen England und Deutschland die Nordsee liegt.

England entläßt Beamte

In die Industrie

Der liebe Gott hat jedem Menschen „einen Schutzengel zugewiesen. In England wird künftig jedermann noch zusätzlich einen Regierungsbeamten zur Seite haben.“ Mit diesen Worten wandte sich vor kurzem im englischen Oberhaus Lord Reading gegen die ständig zunehmende Zahl der im Staatsdienst beschäftigten Arbeitskräfte.

Die Statistiken des Monats November 1946 zeigten eine Beschäftigtenzahl industrieller und nichtindustrieller Staatsangestellte von 1 007 000 und 1 019 000 Angestellte in örtlichen Behördenstellen. Lord Reading erwähnte im Vergleich hierzu, daß die Beschäftigtenzahl der gesamten Manufakturindustrie Englands 6 845 000 beträgt, eine Ziffer, zu der das Heer der Beamten in gar keinem Verhältnis stünde. Durch die Nationalisierung der Transport-, Elektrizitäts- und Eisen- und Stahlindustrie würde sich diese Ziffer weiterhin erhöhen, denn die Verstaatlichung mache die Errichtung neuer Ueberwachungsbehörden notwendig.

Inzwischen hat sich der Antrag im englischen Parlament durchgesetzt. Die britische Regierung hat für 1947 den Abbau von insgesamt 70 000 Beamten und Angestellten in den verschiedenen Ministerien angeordnet, wodurch jährlich 80 Millionen Pfund Sterling eingespart werden. Das ist die gleiche Summe, die der englische Steuerzahler nach den Angaben seiner Regierung bislang jährlich für die britische Zone aufwenden mußte.

Wetterfeste Kartenhäuser

Wohnungsnot in USA

Die Amerikaner bauen Häuser aus Papier. Nicht gerade Wolkenkratzer, aber immerhin wetterfeste Häuser, in denen es sich schon wohnen läßt. Zahlreiche amerikanische Soldaten, die aus dem Militärdienst entlassen sind, haben sich für die Belieferung solcher Heime vormerken lassen.

Die amerikanische Papierindustrie hat während des Krieges ganz neue Fabrikationsmethoden entwickelt. Durch den Zusatz geeigneter Kunstharze ist es möglich geworden, im normalen Verfahren Papiere zu erzeugen, die erstaunliche Eigenschaften aufweisen. Das neuartige Papier ist gegen Feuchtigkeit praktisch unempfindlich geworden. Man kann es beliebig oft waschen, man kann es mit Seife, Fett und Benzin behandeln und es mit der Wurzelbürste bearbeiten, ohne daß es irgendwie leidet. Versuchsweise ist man mit Gewehr-



Entlassene USA-Soldaten protestieren gegen ungenügende Wohnmöglichkeiten

kolben drauflosgegangen und hat schwere Tanks darüberfahren lassen — es hat dem Papier nichts ausgemacht.

Diese hervorragenden Eigenschaften machen es zu einem wertvollen Rohstoff für gewisse Verwendungszwecke. So lassen sich zum Beispiel Papierhandtücher herstellen, die beim Abtrocknen nicht reißen oder fasn und die immer wieder gewaschen werden können. Ebenso Tischtücher, Betttücher und Windeln. Der Preis ist wesentlich niedriger als der von Spinnstoffzeugnissen.

Für den Häuserbau wird eine besonders präparierte, feuchtigkeitsfeste Wellpappe benutzt. Die ein Zentimeter dicken Wände sind so stark, daß keinerlei Rahmenwerk erforderlich ist. Das erste Haus aus dem neuen Material wurde vor zwei Jahren in Appleton im Staate Wisconsin gebaut, und es hat sich in dem regenfeuchten Klima dieser Gegend ausgezeichnet gehalten.

PRESSE

Ein Leben für den „Observer“

Mit einem Leserbrief fing er an

Mr. James Louis Garvin, der berühmte Schriftleiter des „Observer“, starb im Alter von 79 Jahren in seinem Heim in Beaconsfield. Er überstand beide Weltkriege, während sein Sohn im ersten Weltkrieg fiel und auch seine erste Frau ihm im Tode vorausging. Zum zweiten Male heiratete er im Jahre 1921.

England verliert in ihm einen Mann, der durch die Macht seiner Feder, die Kraft seiner Persönlichkeit und die Weite seines Wissens eine ungewöhnliche Stellung einnahm. In Berufskreisen wurde er als einer der geistigen Führer anerkannt und von seinen Lesern als erstklassiger politischer Journalist und Biograph geschätzt.

Seine Zeitungsarbeit begann mit einem Leserbrief an die „Eastern Morning News“, der aber so gut war, daß er als Artikel veröffentlicht wurde.

Ueber Newcastle ging sein Weg an den „Daily Telegraph“ als Leitartikler. Seine größte Berühmtheit erlangte er allerdings

erst als Schriftleiter des konservativen „Observer“. Jahraus, jahrein, von 1907 bis 1942, schrieb er die Leitartikel und wurde zu einem der bekanntesten Journalisten der Welt. Gleichzeitig gab er die 14. Auflage der „Encyclopaedia Britannica“ heraus. Vor fünf Jahren hatte er eine politische Auseinandersetzung mit Lord Astor, dem Herausgeber der Zeitung, und trennte sich von ihm. Seit dieser Zeit erschienen seine wöchentlichen Artikel in verschiedenen bekannten englischen Zeitungen.

Garvin wird als der Meister des großen Artikels bezeichnet. Wie ein Schausteller auf dem Jahrmarkt sammelte er zunächst sein Publikum mit zugkräftigen Uberschriften. Wenn er wußte, daß sich dies Publikum zusammengefunden hatte, konnte die Vorstellung reibungslos ablaufen.

Die letzten Jahre seines Lebens brachte er hauptsächlich auf seinem Landsitz in Beaconsfield in der Ruhe des Landlebens und bei seiner geliebten Bibliothek, die er in einer großen Scheune untergebracht hatte. Hier wurden ihm auch die letzten großen Ehrungen in seinem Leben zuteil: Die Verleihung der Ehrendokorate an den Universitäten Edinburgh und Durham und die Ernennung zum „Companion of Honour“.

JOËL contra JOËL

„Das Zeit-Echo“ gegen sich selbst

Anselm O. Joël (Chefredakteur und Herausgeber des „Zeit-Echo“ in Schwäbisch-Hall) scheint seine eigene Zeitung erst zu lesen, wenn sie aus der Rotation kommt. Sonst hätte es nicht passieren können, was in der nächsten Ausgabe zu lesen stand: daß es nämlich in der Redaktion „einen tüchtigen Sturm“ gab, weil das „Redaktionsküken“ ihr „ein schönes, gewachsenes Kuckucksei“ ins Nest gelegt hatte. Das Kuckucksei war ein Artikel über den § 218, der „bei den anderen Redaktionsmitgliedern heftigen Widerspruch hervorgerufen hat“. Das Redaktionsküken heißt Max Joël, zeichnet für Lokales und Sport verantwortlich, und ist ein Sproß des Herausgebers.

Max war des Redigierens von Lokal-meldungen aus Schwäbisch-Hall und Umgebung herzlich überdrüssig und ließ sich, durch die allgemeine Diskussion um § 218 befeuert, unter der Rubrik „Lokales Zeitgeschehen“ in 53 Zeilen zur Problematik der Schwangerschaftsunterbrechung vernehmen. „Die Schwangerschaftsunterbrechung muß erlaubt werden“, stellte Max fest und „Kinder, die unerwünscht kommen, wären besser überhaupt nicht gekommen.“

Anselm O. verfaßte daraufhin für die nächste Ausgabe einen 89zeiligen Leitartikel, in dem er das lokale Zeitgeschehen Maxens mitsamt der legitimen Schwangerschaftsunterbrechung gründlich verriß. Die Leitspalte gipfelte in der lapidaren Feststellung: „Der Kampf gegen den § 218 wird hauptsächlich von den Kommunisten (von Anselm O. gesperrt) geführt“, woraus sich offenbar für das „Zeit-Echo“ eo ipso ergibt, daß ein solcher Kampf vom Uebel ist.

Das überzeugendste Argument gegen seinen Lokalredakteur versagte sich Anselm O. allerdings, die Feststellung nämlich, daß Max möglicherweise keine lokalen Heimatbeiträge über den § 218 ohne Wissen seines Chefredakteurs schreiben würde, wenn selbiger Maxens Ansichten über die Schwangerschaftsunterbrechung geteilt hätte.